

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Im Jüdischen Museum Berlin ist ab 23. August eine neue Dauerausstellung zu sehen.** Sie informiert über die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis in die Gegenwart mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und in neuen Präsentationsformen, wie das Museum ankündigte. Die bisherige Schau hatte von der Eröffnung des Museums 2001 bis 2017 über elf Millionen Besucher. Die neue Museumsdirektorin Hetty Berg erklärte, die Ausstellung reagiere „auf veränderte Sehgewohnheiten, Besuchererwartungen und einen neuen Forschungsstand“. Nach Angaben der leitenden Kuratorin Cilly Kugelmann rückt sie die Beziehungen von Juden zur ihrer nichtjüdischen Umwelt ins Zentrum und greift stärker Themen jüdischer Kultur und Religion auf. Ein Schwerpunkt liegt auf der Geschichte nach 1945 vom Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden bis zur Migrationsgesellschaft heute. Von den mehr als 1.000 ausgestellten Objekten stammen rund 70 Prozent aus dem eigenen Bestand. Eine interaktive Medieninstallation Familienalbum soll nach Angaben des Museums als „Herzstück der Sammlung“ das historische Vermächtnis deutscher Juden aus aller Welt präsentieren, das in den vergangenen 20 Jahren zusammengetragen wurde. Besucher können sich mit über 500 Schriftdokumenten, Fotos, Alltagsgegenständen und Kunstwerken aus den Nachlässen von zehn Familien befassen und die Lebenswege mehrerer Generationen kennenlernen. (<https://www.jmberlin.de/dauerausstellung>). (kna öki 07.07.2020)
- **Ein neues „Kompetenznetzwerk Antisemitismus“ will den Kampf gegen Hass auf Juden stärken.** Dazu schlossen sich vor dem Hintergrund zunehmender antisemitischer Vorfälle und Straftaten fünf bundesweit in diesem Bereich tätige Organisationen zusammen. Am 30. Juni stellten die Initiatoren in Berlin zusammen mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) und dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes, Felix Klein, das Netzwerk, dessen Angebote und eine neue Website dazu vor. Ziel des Netzwerks ist es demnach, bei Prävention, Bildung und Betroffenenberatung zusammenzuarbeiten und Wissen auszutauschen. Auch soll die Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle weiterentwickelt werden. Zudem will das Netzwerk seine Expertise für Schulen, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen. Mit dabei sind das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus, das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland sowie die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus aus Berlin. Das Netzwerk wurde bereits im Januar gegründet. Giffey sprach von einem „großen und wichtigen Schritt“. Es sei notwendig, „gemeinsam gegen jede Form des Antisemitismus vorzugehen“. Dies hätten auch die vergangenen Wochen gezeigt, in denen die Corona-Pandemie von Verschwörungstheorien begleitet worden sei. Klein nannte die Gründung des Zusammenschlusses bedeutsam für die Bekämpfung von Hass auf Juden. Erstmals werde damit die Erfassung jüdenfeindlicher Vorfälle direkt und institutionell mit der Entwicklung von Präventionsansätzen verknüpft. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, sagte, die Bekämpfung des Antisemitismus sei eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. „Die Akzeptanz der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ist immer auch ein Gradmesser für den Zustand unserer Demokratie“, erklärte Schuster. „Diese war schon in besserer Verfassung als momentan.“ Die Leiterin des im Netzwerk aktiven Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment, Marina Chernivsky, sagte, man wolle das Bewusstsein für die Existenz antisemitischer Bedrohung erhöhen. Zugleich sollten Schlüsselakteure darin bestärkt werden, gegen Judenfeindlichkeit vorzugehen. Der Antisemitismusbeauftragte der FDP-Bundestagsfraktion, Benjamin Strasser, forderte die Regierung dazu auf, zusätzlich zu dem Netzwerk ein bundesweites Netz von Meldestellen für antisemitische Vorfälle zu unterstützen. (kna öki 07.07.2020)
- **Auf den Rabbiner der Israelischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Shmuel Aharon Brodman, hat es einen Angriff gegeben.** Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) verurteilte die antisemitische Attacke auf den Gemeinderabbiner. „Jeder Mensch muss in Bayern sicher und geborgen leben können! Wir dulden keinen Hass in unserer Mitte, in unseren Städten und Gemeinden“, wurde sie in einem Tweet des bayerischen Landtags zitiert. Laut Medienberichten war Brodman am 9. Juli abends auf der Straße von vier Männern beschimpft

worden. Die Verfolger machten dabei laut Polizei „wiederholt abfällige verbale Äußerungen über den Staat Israel“. Brodman vermutet demnach, eine Motivation für die Beleidigungen könnte seine Kippa gewesen sein, die er während des Vorfalles trug. Nach seiner Wahrnehmung sprachen „die Personen arabisch untereinander“. Aigner betonte, dass jede Form von Antisemitismus gleichermaßen verabscheuungswürdig sei – „egal ob von rechts, von links, von Muslimen oder aus der Mitte der Mehrheitsgesellschaft“. Auch die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, zeigte sich erschüttert. „Der Angriff fügt sich leider in die Entwicklung der letzten Zeit ein: Auch bei uns hier in München nehmen Extremismus und Judenhass zu. Und die Unsicherheit unter unseren Gemeindemitgliedern wird nach dem gestrigen Vorfall nicht geringer werden“, sagte sie der „Bild“-Zeitung. (kna öki 14.07.2020)

- **Vor 70 Jahren wurde der Zentralrat der Juden gegründet.** Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage desolat. Rund sechs Millionen europäische Juden waren ermordet worden, Überlebende des Holocaust oft traumatisiert und orientierungslos. Wer Verfolgung oder Konzentrationslager erlebt hatte, befand sich oft fern der Heimat. Und umgekehrt: Aus Deutschland geflohene Juden harrten im Exil aus. Zurück nach Deutschland? Beziehungsweise dort bleiben? Für viele Juden war das völlig unvorstellbar – im Land selbst, aber oft auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft weltweit. Dennoch wagte eine ganze Reihe von Juden diesen Schritt. 1945 wurden nach Angaben des Zentralrats der Juden in Deutschland 51 jüdische Gemeinden wieder gegründet – ein Jahr später gab es schon 67. Und: Kurz nach Kriegsende hatte sich das Zentralkomitee der befreiten Juden in der amerikanischen Zone zusammengefunden. Auch in anderen Besatzungszonen gab es vergleichbare Gruppen. Am 19. Juli 1950 gründete sich in Frankfurt der Zentralrat der Juden in Deutschland. Er war damals zunächst als Vertretung der Interessen von Juden bis zu deren Auswanderung gedacht, etwa nach Übersee oder in den erst kurz zuvor gegründeten Staat Israel. Zur konstituierenden Sitzung waren Delegierte der jüdischen Gemeinden in den vier Besatzungszonen gekommen. Als der Zentralrat gegründet wurde, lebten rund 15.000 Juden in Deutschland. Hinzu kamen Menschen, die wegen der NS-Verfolgung ins Ausland geflohen und dann wieder zurück nach Deutschland gegangen waren. Dazu noch die *Displaced Persons*: rund 200.000 Juden aus Osteuropa, die nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren konnten oder wollten und deren Zahl noch stieg. Doch im Laufe der Zeit „stabilisierte sich das Provisorium“, sagt der heutige Zentralratspräsident Josef Schuster der KNA. In den Nachkriegsjahren blieb die Zahl der Gemeinden in der Bundesrepublik relativ konstant: Etwa 26.000 Juden bildeten rund 50 Gemeinden. In der DDR lebten nach offiziellen Angaben knapp 500 Juden in 5 Gemeinden. Oft wird im Zusammenhang mit jüdischem Leben in Deutschland das Bild der Koffer gebraucht: Während Juden zunächst sprichwörtlich auf gepackten Koffern saßen und ihrer Auswanderung entgegensahen, packte eine nicht kleine Anzahl diese Koffer irgendwann dann doch aus. Schuster betont: „Es dauerte in Deutschland zwei Jahrzehnte, bis Überlegungen zum Auswandern in den Hintergrund rückten.“ Eine wichtige Rolle habe dabei Werner Nachmann gespielt, der von 1969 bis 1988 an der Spitze des Zentralrats stand und sich in den 1970er Jahren klar zu jüdischem Leben in Deutschland bekannt habe. „Bis dahin wurde man eher schief angeguckt, wenn man sagte, man wolle als Jude in Deutschland leben“, so Schuster. Es sei dann zu Änderungen in den Zielen des Zentralrats gekommen, der heute die Interessen von Juden, religiös oder säkular, etwa gegenüber der Politik vertritt. In den 1990er Jahren waren es Zuzug und Integration von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, die die Zahl der Juden und Gemeinden im wiedervereinigten Deutschland wachsen ließ. 1990 wurden außerdem die fünf Gemeinden aus der DDR in den Zentralrat aufgenommen. Und ein ganz aktuelles Thema: Jüngst hatte der Bundestag den Weg für jüdische Militär Rabbiner in der Bundeswehr freigemacht. Seit 1999 ist die Verwaltung des Zentralrats in Berlin. Seine Vorsitzenden oder Präsidenten waren in der Regel weit über die jüdische *Community* hinaus prägend für den gesellschaftspolitischen Diskurs und das Engagement gegen Antisemitismus, man denke etwa an Heinz Galinski, Ignatz Bubis oder Charlotte Knobloch. Der aktuelle Präsident Schuster wurde 2018 in eine zweite Amtszeit gewählt. Er lebt in Würzburg. Auch seine Eltern waren nach Deutschland zurückgekehrt: 1956 aus Haifa, wo Schuster zwei Jahre zuvor geboren wurde. (kna öki 14.07.2020)
- **Rabbiner Yehuda Teichtal von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin fordert mehr gesellschaftlichen Widerstand gegen Antisemitismus.** Die Gemeinde fühle sich „nicht ausreichend“ geschützt, sagte Teichtal der „Berliner Zeitung“. Er würdigte „die Mühe der Regierung und den Objektschutz durch die Polizei“. Ausreichend sei der Schutz aber erst, „wenn Kinder in der U-Bahn keine Angst mehr haben müssen, weil sie einen Davidstern-Anhänger tragen“. Es gehe dabei vor allem um die gesellschaftliche Ebene, erklärte Teichtal. „Intoleranz gegen eine Gruppe heute ist Intoleranz gegen eine andere morgen: Heute sind es Juden, morgen Muslime, Homosexuelle oder Frauen“, so der Rabbiner. Toleranz gründe auf der Einsicht, dass nach dem Ebenbild Gottes alle Menschen gleich seien. (kna öki 28.07.2020)

- Judentum, Christentum und Islam haben nun jeweils einen Vertreter im Auswärtigen Amt (AA):** Ein künftiger Rabbiner, ein evangelischer Pastor und die Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime arbeiten in dem Ministerium, wie der Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung, Andreas Görge, über Twitter mitteilte. Nach dem Rabbiner in spe, **Markus Feldhake**, und dem evangelisch-freikirchlichen Pastor **Peter Jörgensen** kam zuletzt **Nurhan Soykan** als muslimische Vertreterin dazu. Sie sollen im AA ihre „lebensweltlichen Erfahrungen“ einbringen. Bereits im vergangenen Jahr gab es mit Pater **Nikodemus Schnabel** einen Religionsvertreter in dem Ministerium, der seit März im Benediktinerpriorat Saint-Andre de Clerlande in Ottignies-Louvain-la-Neuve, einer Universitätsstadt in der französischsprachigen Provinz Wallonisch-Brabant in Belgien, lebt. Die Abteilung „Religion und Außenpolitik“ wurde vor zwei Jahren im AA eingerichtet. Vorläufer war ein Arbeitsstab namens „Friedensverantwortung der Religionen“, der mit einer Konferenz im Mai 2017 in die Öffentlichkeit trat. Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel, Sozialdemokrat und Protestant, hielt die Eröffnungsrede. (kna öki 28.07.2020)
- Nach Kritik an der Berufung einer Vertreterin für den Islam in das Team „Religion und Außenpolitik“ stellt das Auswärtige Amt (AA) das Vorhaben vorerst zurück.** Die Arbeit solle solange ruhen, bis es eine breite Unterstützung aus Politik und Gesellschaft für das Projekt gebe, sagte ein Ministeriumssprecher in Berlin. Man nehme die Kritik sehr ernst. Der jüngst berufenen Vertreterin für den Islam, der stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nurhan Soykan, war unter anderem vorgeworfen worden, sich nicht klar genug von Antisemitismus und Islamismus zu distanzieren. Der AA-Sprecher betonte, dass es Kritik wie auch Zustimmung unter anderem von religiösen Verbänden gegeben habe. In den kommenden Tagen solle dazu ein intensiver Austausch starten. Es sei wichtig, Kritikpunkte anzugehen und auch Missverständnisse – etwa zur Rolle der Religionsvertreter – auszuräumen. Ziel des Austauschs sei eine breite Unterstützung. Ein Teil der Wortmeldungen – besonders in den Sozialen Medien – sei leider auch von antimuslimischen Ressentiments und offenem Rassismus geprägt gewesen, erklärte der Sprecher. Dies weise man auf das Schärfste zurück. Das AA will nach eigenen Angaben mit dem Projekt „Religion und Außenpolitik“ Religionsgemeinschaften und ihren möglichen Einfluss auf Gesellschaft und Politik besser verstehen. Auch soll das konstruktive Friedenspotenzial der Gemeinschaften mithilfe eines globalen Netzwerks von Religionsvertretern gestärkt werden. Neben der Muslimin Soykan berief das AA dazu zuletzt den Rabbiner in spe, Markus Feldhake, sowie den evangelisch-freikirchlichen Pastor Peter Jörgensen. Im vergangenen Jahr war der katholische Pater Nikodemus Schnabel als erster Religionsvertreter für das Projekt tätig gewesen.

Der ZMD bedauerte die Entscheidung. Die Vorwürfe gegen Soykan seien haltlos. Die „rufmordähnliche Kampagne“, die politisch motiviert und ehrverletzend sei, „weisen wir aufs Schärfste zurück“, so der ZMD. Er verurteile „diese Einschüchterungsversuche, die letztlich darauf abzielen, die Stimme von Frau Soykan und die des ZMD insgesamt mundtot zu machen“. In der Berufung Soykans hätten viele Muslime ein Zeichen der Wertschätzung als Frau und als Muslima gesehen. Die islampolitische Sprecherin der Säkularen Sozialdemokraten, Lale Akgün, begrüßte dagegen die Entscheidung. Sie finde es richtig, zunächst einen intensiven Beratungsprozess mit religiösen Verbänden, Vereinen und anderen Gesprächspartnern über den Umgang mit Religionen in der Außenpolitik aufzunehmen. Richtschnur aller Religionspolitik in Deutschland müsse die Verbindlichkeit der Gebote des Grundgesetzes für alle Religionen sein. Auch in der Außenpolitik seien diese Grundsätze der Garant von Frieden und Freiheit. Soykan lasse ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermissen. (kna öki 04.08.2020)
- Der Zentralrat der Juden hat sich hinter den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, gestellt.** „Der Vorwurf, er unterdrücke Debatten und wolle Kritiker der israelischen Regierung mundtot machen, ist haltlos und in unseren Augen auch respektlos“, erklärte Zentralratspräsident Josef Schuster in einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Vielmehr erfülle Klein sein Amt mit Sachkompetenz, Empathie und Engagement. Zuvor hatten mehr als 60 Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler ebenfalls in einem Offenen Brief an die Kanzlerin vor einem „inflationären Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs“ gewarnt und Klein die Unterstützung rechtspopulistischer israelischer Stimmen vorgeworfen. Der Zentralrat wiederum betonte, dass sich durch die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten nach der vergangenen Bundestagswahl die Aufmerksamkeit für das Thema erhöht habe. „Die Antisemitismusbeauftragten legen den Finger in die Wunde und thematisieren antisemitische Vorfälle oder Äußerungen, die früher eher im Verborgenen blieben“, so Schuster. Besonders in Bezug auf erstarkenden Rechtspopulismus sowie -extremismus sei dies eine positive Entwicklung. Klein und seine Kollegen auf Länderebene zeigten zudem auf, „wo der jüdische Staat dafür herhalten muss, um Judenfeindlichkeit zu transportieren“. Unterdessen erklärte Antisemitismus-Forscher Wolfgang

Benz im Deutschlandfunk, es sei falsch, „wenn man die Diskussion über Antisemitismus und die Definition, was ist Judenfeindschaft, eingrenzt auf politische Motive“. So sei die umstrittene BDS-Bewegung „an sich nicht judenfeindlich. Ihre Aufrufe, die er persönlich „unfair, blödsinnig, dumm und falsch“ finde, richteten sich gegen die Politik des Staates Israel, betonte Benz. Auch sei es nicht antisemitisch, Annexionspläne Israels zu kritisieren. Auch er werde bisweilen als Antisemit beschimpft, „weil ich Wert darauf lege, wissenschaftlich belegbare Sachverhalte darzustellen“, fügte der Historiker hinzu. Er sei „betrübt“ darüber, „dass wichtige und ernsthafte Dinge wie der Antisemitismus in Deutschland mit Hilfe von Kampagnen und Mund totmachen und Shitstorm bekämpft“ würden. (kna öki 04.08.2020)

- **Der Rektor des Potsdamer Abraham Geiger Kollegs, Walter Homolka, spricht sich für eine Entfernung des antisemitischen Reliefs „Judensau“ an der Wittenberger Stadtkirche aus.** „Das Gift solcher Zerrbilder ist noch wirksam“, sagte der Rabbiner der „Zeit“. Lange sei er dafür gewesen, solche Abbildungen zu erläutern, anstatt sie zu entfernen. „Mittlerweile sage ich: Das reicht nicht.“ Der Streit um die Schmähplastik beschäftigt nun den Bundesgerichtshof. Der Kläger legte Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg ein, laut dem das Relief an der Außenfassade der Kirche bleiben darf. Ähnliche Darstellungen finden sich noch an rund 30 evangelischen und katholischen Kirchen. (kna öki 04.08.2020)
- **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernimmt die Schirmherrschaft über das Festjahr 2021 zu 1.700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland.** Der Vorsitzende des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Abraham Lehrer, erklärte, damit setze Steinmeier „ein starkes Signal für die Verbundenheit Deutschlands mit der 1.700-jährigen deutsch-jüdischen Geschichte sowie für eine Zukunft jüdischen Lebens in unserem Land“. Ziel des Vereins ist, in dem „Festjahr #2021JLID“ jüdisches Leben heute erfahrbar zu machen und ein Zeichen gegen den erstarkenden Antisemitismus zu setzen. (kna öki 01.09.2020)
- **Im September werden in Berlin fünf Rabbiner und ein Kantor in ihr geistliches Amt eingeführt.** Die Frauen und Männer sind Absolventen des Abraham Geiger Kollegs, dem ersten Rabbinerseminar in Deutschland nach dem Holocaust. Es handele sich um die zehnte Ordinationsfeier des Kollegs, wie die Ausbildungsstätte in Potsdam mitteilte. Die Absolventen stammen den Angaben zufolge aus Norwegen, den USA, Deutschland, Ungarn, Tschechien und Israel. Sie schlossen am Abraham Geiger Kolleg die praktische Ausbildung ab und erwarben an der School of Jewish Theology an der Universität Potsdam ihre akademischen Abschlüsse. Ihren Dienst werden sie künftig in jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein, Göttingen und Hannover, in Budapest, Tschechien sowie in Stockholm versehen, wie es hieß. (kna öki 01.09.2020)
- **Die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen bekommen mehr Geld vom Land.** Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) und Vertreter der Landesverbände der Jüdischen Gemeinden sowie der Israelitischen Kultusgemeinden unterzeichneten entsprechende Verträge. Zusammen erhalten beide Verbände für 2020 und 2021 pro Jahr rund 5,1 Millionen Euro und damit 2 Millionen Euro zusätzlich. Ab 2021 soll die Landesleistung dauerhaft angepasst werden. Zugleich würden die Leistungen an den Durchschnitt ähnlicher Zuwendungen anderer Bundesländer angeglichen. Laut Vertrag erhält der Landesverband der Jüdischen Gemeinden bisher 2,68 Millionen Euro jährlich, die in diesem und im nächsten Jahr um 1,6 Millionen auf 4,28 Millionen Euro erhöht werden. Der Landesverband Israelitischer Kultusgemeinden erhält 835.000 Euro und damit 400.000 Euro mehr. Die Beträge sollten, wie bei vergleichbaren Staatsleistungen üblich, ab 2022 laufend angepasst werden, so das Ministerium. Basis sei dabei die Entwicklung der Besoldung der Landesbeamten. Tonne dankte den jüdischen Gemeinden und Verbänden für ihre gute Arbeit und ihr „Engagement auch für mehr Verständigung und Verständnis im gesamtgesellschaftlichen Kontext“. Der Präsident des Landesverbands Jüdischer Gemeinden, Michael Fürst, erklärte, die Gemeinden seien sich ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Demokratie bewusst. Die Vorsitzende des Landesverbands Israelitischer Kultusgemeinden, Katarina Seidler, kündigte an, mit dem zusätzlichen Geld zwei neue Rabbinerstellen schaffen zu wollen. (kna öki 08.09.2020)
- **Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe gibt ein neues Magazin heraus.** Das „Jüdische Echo Westfalen“ soll die Kommunikation und den Kontakt unter den 6.000 Mitgliedern der zehn jüdischen Gemeinden im Ruhrgebiet und Westfalen stärken, wie die „Jüdische Allgemeine“ berichtete. Das in der Regel 60-seitige Heft werde zunächst viermal im Jahr in einer Auflage von 4.000 Exemplaren auf Deutsch und Russisch erscheinen. Langfristig seien jährlich sechs Ausgaben geplant. In der Publikation fänden sich Berichte etwa über Rechtsextremismus, Gemeindefeiern, Porträts und historische Texte. Alle Artikel würden von den Gemeinden eingereicht und von einer ehrenamtlich tätigen Redaktion bearbeitet. Ein Grafikbüro

unterstütze sie bei der Gestaltung. (kna öki 08.09.2020)

- **Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, hat sich für einen interreligiösen Feiertag in Deutschland ausgesprochen.** Ein Tag des Wir-Gefühls und der Besinnung wäre gut für Deutschland, schrieb der Limburger Bischof in einer Zwischenbilanz der Corona-Pandemie in der „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“. Der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland, Andreas Nachama, begrüßte Bätzings Vorstoß. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, zeigte sich eher skeptisch. Zustimmung kam auch vom islamischen Theologen Mouhanad Khorchide. Die Corona-Krise habe neben allem Leid auch für eine Unterbrechung des Alltags und eine Überprüfung vieler Denkgewohnheiten und vermeintlichen Selbstverständlichkeiten gesorgt, so Bätzing. „An die tiefgehende Erfahrung einer großen Unterbrechung werden wir uns mit Sicherheit immer erinnern.“ Der Bischof schlug vor, „dieser Erinnerung in den kommenden Jahren in unserem Land Form und Gestalt“ in Form eines interreligiösen Feiertags zu geben. Judentum, Christentum und Islam hätten die gemeinsame Tradition der wöchentlichen Unterbrechung im Takt der sieben Tage, so der Konferenzvorsitzende unter Verweis auf den muslimischen Ruhe- und Gebetstag am Freitag, den jüdischen Sabbat und den christlichen Sonntag. Bätzing erinnerte zugleich daran, dass Ruhe- und Feiertage in der Bundesrepublik mittlerweile umstritten seien. In einer Zukunft, die bedroht sei durch Segmentierung und Spaltungen, werde aber alles kostbar, was den Zusammenhalt fördere.

Nachama sagte der KNA, ein interreligiöser Feiertag sei ein „positiver Vorschlag, der zu einem sehr guten Austausch führen kann“. Er könne sich konkrete Gespräche mit Vertretern von Judentum, Christentum und Islam noch in diesem oder im nächsten Jahr vorstellen. Denkbar wäre aus Sicht Nachamas, an einem solchen Feiertag Aspekte von Frieden, gesellschaftlichem Miteinander und Gleichberechtigung in den Mittelpunkt zu stellen. Es könnten zum Beispiel Gottesdienste und Gebete in Synagogen, Kirchen und Moscheen und gegenseitige Besuche stattfinden, schlug der jüdische Präsident des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vor. Schuster sagte der KNA, es sei zwar zu begrüßen, dass Bätzing eine Debatte über ein gesellschaftliches Innehalten anstoße. „Wir stehen einem interreligiösen Feiertag allerdings eher skeptisch gegenüber.“ Jüdische Feiertage seien in der Regel biblisch, wenige nachbiblisch oder neuzeitlich. „Es stünde uns nicht an, einen Feiertag zu schaffen, der einen religiösen Charakter hat.“ Für einen Tag des Innehaltens würden sich aus Schusters Sicht etwa Aktionen wie ein „Tag der offenen Gotteshäuser“ eignen, der interkonfessionell gestaltet werden könne.

Khorchide lobte Bätzings Idee. „Damit sich aber auch nichtreligiöse Menschen angesprochen fühlen, wäre es nicht besser, von einem interreligiösen und zugleich zwischen-weltanschaulichen Feiertag zu sprechen?“, sagte der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie der Uni Münster der KNA. Spiritualität könne dabei jeder auf seine Art entfalten. (kna öki 15.09.2020)

- **Einen Studiengang „Interreligiöse Studien“ bietet die Universität Heidelberg an.** Dabei geht es um die Auseinandersetzung mit Glaubensüberzeugungen und Praxisformen religiöser Traditionen, wie die Hochschule mitteilte. Kooperationspartner sind die Universitäten Basel und Straßburg sowie die Hochschule für Jüdische Studien (HfJS) in Heidelberg. Der Studiengang ist an der Theologischen Fakultät angesiedelt und wendet sich an Bachelor-Absolventen aus den Religions-, Kultur-, Sprach- und Sozialwissenschaften. Wachsende Individualisierung sowie die Auswirkungen von Migration und Flucht förderten die religiöse Pluralität in Europa und ließen die Nachfrage nach Kenntnissen über andere Religionen wachsen, so Johannes Eurich vom Diakoniewissenschaftlichen Institut. Der Masterstudiengang vermittelt demnach Grundkenntnisse der Religionswissenschaften und der Religionsphilosophie. Studierende lernten, theologische Texte aus verschiedenen Religionen wissenschaftlich fundiert zu interpretieren und setzten sich mit dem Verhältnis von Religion, Gesellschaft und Staat auseinander. Auch die Geschichte interreligiöser Beziehungen sei ein Thema. Ein Teil des Studiums soll an einer Partnerhochschule absolviert werden. (kna öki 29.09.2020)
- **Der christlich-jüdische Dialog stellt sich aus Sicht von Experten als rege dar.** „Es gibt beidseitig viele Aktivitäten. Erst im November letzten Jahres haben sich die Deutsche Bischofskonferenz und die Orthodoxe Rabbinerkonferenz in Berlin getroffen und dabei auch sehr viel über Theologie geredet – was man noch vor Jahrzehnten gerade von orthodoxer Seite streng vermeiden wollte“, sagte der Frankfurter Rabbiner Julian-Chaim Soussan, Mitglied der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland, der „Welt“. In dem Doppelinterview verweist der Direktor der katholischen Bildungseinrichtung „Haus am Dom“ in Frankfurt, Joachim Valentin, auf

den Konzilstext *Nostra aetate* von 1965. Spätestens seitdem sei es so, dass sich das Christentum ohne eine gute Kenntnis des Judentums nicht verstehen lasse, aber auch nicht ohne Kenntnisse des rabbinischen nachjesuanischen Judentums, das sich parallel mit dem Christentum entwickelt habe.

Katholiken verstünden die „frühchristliche ‚jüdische Sekte‘, die damals im Entstehen war, neu als aufgepfropfte Zweige auf dem Ölbaum Judentum. Das Christentum, das sich über Jahrhunderte unter Abzug des Jüdischen auf der Basis von dezidiert anti-jüdischen Kirchenvätern definiert hat, war ein defizientes Christentum“, sagte Valentin. Die Kirche sei auch im Umgang mit Andersgläubigen „nicht immer in die richtige Richtung“ gelaufen. „Wenn man verstanden hätte, dass man selbst divers ist, wäre man auch anders mit Andersgläubigen umgegangen. Die Kräfte, die diese Art der historisch-kritischen Selbstreflexion nicht wollen, sind aber leider bis heute auch in der Kirche stark“, so Valentin. So stellten etwa „sogar ganz aktuelle Texte“ des emeritierten Papstes Benedikt XVI. „diese Diversität im Eigenen infrage“. Papst Johannes Paul II. dagegen sei „wichtige Schritte in die richtige Richtung“ gegangen, erklärte Valentin. Insgesamt ist aus seiner Sicht eine „dialogfähige Haltung“ nach der Schoah unerlässlich, „die uns Katholiken und Katholikinnen gezeigt hat, wir sind vor allem Teil des Problems, nicht der Lösung“. Auch Soussan würdigte *Nostra aetate*. „Seitdem stellt das Judentum für Katholiken eine legitime andere Sichtweise dar.“ Zugleich macht er ein „gewisses Gefälle“ aus: „Das Judentum existiert auch ohne das Christentum. Wir definieren uns aus dem Judentum heraus. Das Christentum kommt dann hinzu.“ Soussan unterstrich zudem die Bedeutung zweier Papiere für den jüdisch-christlichen Dialog: eine Stellungnahme von 2015, das von rund 50 orthodoxen Rabbinern unterschrieben worden war. Und das Papier „Zwischen Jerusalem und Rom“ als Reaktion auf „50 Jahre *Nostra aetate*“ als „erste rabbinische Stellungnahme zum Christentum“. (kna öki 29.09.2020)

- **Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit gehen nach Einschätzung des Buchautors Ronen Steinke häufig miteinander einher.** Verschwörungsmymen wie jener von einem „schleichenden Völkermord“ schlossen die „Verteufelung von Juden“ ebenso ein wie die „Entmenschlichung von Muslimen“, schrieb Steinke in der „Süddeutschen Zeitung“. Auf derartige Erzählungen habe sich auch der Attentäter von Halle berufen. So gehe es etwa um „die Erzählung, dass die Einwanderung vieler Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten insgeheim von ein paar mächtigen Drahtziehern befördert werde. Soros, Rothschild, und so weiter“, so Steinke, der im Sommer das Buch „Terror gegen Juden“ vorgelegt hat. Familien wie die Rothschilds oder der Unternehmer George Soros fungierten in diesem Zusammenhang als Chiffren. Weiter meinte Steinke, der Antisemitismus werde von niemandem so stark „bewirtschaftet“ wie von der AfD. „Ihr politisches Erstarken in den vergangenen Jahren hat das Leben für Jüdinnen und Juden beschwerlicher und, ja: auch physisch gefährlicher gemacht.“ (kna öki 13.10.2020)
- **Mit einem Festakt ist am 20. Oktober das sanierte und erweiterte Jüdische Museum Frankfurt eröffnet worden.** „Wir wollen, das jüdische Leben präsent ist in unserem Land, nicht versteckt, nicht heimlich, nicht nebenbei, sondern selbstbewusst und erfahrbar“, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) bei der Feier in der Alten Oper Frankfurt. In einer Zeit, in der Antisemitismus schleichend und offen zutage trete, sei die Wiedereröffnung des Museums ein Zeichen des Selbstbewusstseins von Jüdinnen und Juden sowie aller Menschen, die Hass und Hetze entgegen träten. Weiter betonte der Ministerpräsident: „Wer Judentum in Deutschland verstehen will kommt an Frankfurt und den Frankfurter Juden nicht vorbei.“ Sie hätten das gesellschaftliche Leben der Stadt und des Landes entschieden mitgeprägt, sagte Bouffier mit Blick auf Wissenschaftstradition, Internationalität und demokratisches Engagement.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) nannte das Museum ein „strahlendes Ausrufezeichen“ gegen Hass, Antisemitismus, Erniedrigung, Einschüchterung und „alles, was Menschen kleinmachen will“. Jüdisches Leben in Frankfurt schillere wie die Stadt selbst. „Es ist unsere Normalität, die wir verteidigen“, betonte Feldmann, der selbst Mitglied der jüdischen Gemeinde ist. Das Museum sei eine der wichtigsten Säulen demokratischer Aufklärungskultur in der Stadt.

Als „Museum ohne Mauern“ will das Haus nach Worten von Direktorin Mirjam Wenzel für Offenheit und Verständigung eintreten. Frankfurt war die erste Stadt in Deutschland, in der nach dem Holocaust ein Jüdisches Museum errichtet wurde. Es öffnete am 9. November 1988. Seit 2015 wurde das Haus umfassend renoviert und daneben ein Neubau errichtet. Künftig zeigt das Museum im Rothschild-Palais auf rund 1.400 Quadratmetern die neue Dauerausstellung „Wir sind Jetzt“ zum jüdischen Frankfurt von der Aufklärung bis zur Gegenwart. (kna öki 27.10.2020)

- **Die Zahl der Juden in Europa ist in den vergangenen 50 Jahren um rund 60 Prozent gesunken.** Das berichtet die Zeitung „Haaretz“ unter Berufung auf eine Studie des Londoner *Institute for Jewish Policy Research*. Demnach leben in Europa nahezu genauso viele Juden wie vor rund 1.000 Jahren, rund 1,3 Millionen. Ihr Anteil an der jüdischen Weltbevölkerung beträgt etwa zehn Prozent. Der Höchststand sei vor rund 150 Jahren mit etwa 90 Prozent erreicht worden. Zwei von drei europäischen Juden lebten heute entweder in Frankreich, im Vereinigten Königreich oder in Deutschland. Rund 788.800 leben laut Bericht in einem der 27 EU-Länder, etwa 210.000 in einer der vier europäischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Republik Moldau) und rund 330.200 in einem von 19 anderen Ländern oder Territorien in Europa. (kna öki 27.10.2020)
- **Einige jüdische und muslimische Mediziner zeigen sich offen für die Idee eines gemeinsamen Ärzteverbandes.** Eine solche Organisation könnte Brücken schlagen, sagte Yükel König, Oberärztin am Vivantes Klinikum in Berlin, auf einer online übertragenen Podiumsdiskussion in der Reihe „*Schalom Aleikum*“ des Zentralrats der Juden in Deutschland am Donnerstabend. Die Veranstaltung trug den Titel „Die Anatomie des Dialogs. Jüdische und muslimische Ärztinnen und Ärzte reden“. Ein möglicher jüdisch-muslimischer Ärzteverband sei eine „wirklich gute Idee“, sagte Königs Kollege Boris Hoz. Er erlebe in Berlin oft, wie fruchtbar es sei, gemeinsame und keine getrennten Wege zu gehen. Meryam Schouler- Ocak, Professorin für Interkulturelle Psychiatrie und Psychotherapie am St.-Hedwig-Krankenhaus in Berlin, zeigte sich ebenfalls offen für einen solchen Vorstoß. Sie gab aber zugleich zu bedenken, dass bei Angehörigen eines Verbandes nicht zuerst die Religionszugehörigkeit im Vordergrund stehen solle: „Wir sind alle Menschen.“ Aus ihrer Sicht sei es sinnvoll, eine solche Gruppe als eine Art Referat innerhalb eines Verbandes etwa von Chirurgen, Internisten oder Psychiatern einzurichten. „Auf so einer Plattform könnte ich mir das gut vorstellen.“ (kna öki 27.10.2020)
- **Der Umgang mit Judenfeindlichkeit und Rassismus sollte nach Meinung des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, verbindlicher Bestandteil der Lehrerausbildung werden.** Das forderte er nach einem Besuch der Sitzung der Brandenburger Landesregierung in Potsdam. In Schulen müsse zudem das jüdische Leben als Teil der kulturellen Vielfalt in Deutschland stärker sichtbar gemacht werden. Auch die Polizei und Juristen müssten stärker in dieser Hinsicht fortgebildet werden. „Der Kampf gegen Antisemitismus scheitert oft daran, dass er gar nicht als solcher erkannt wird.“ Wenn etwa Demonstranten Nachbildungen von Judensternen mit der Aufschrift „ungeimpft“ zeigten, „bagatellisiert das den Holocaust in einer Art und Weise, die stärker strafrechtlich wahrgenommen werden muss“, sagte Klein. „Gegenüber dem Antisemitismus darf es keine Toleranz geben.“ Nach Expertenmeinung lägen etwa 80 Prozent der Handlungsoptionen, die im Kampf gegen den Hass auf Juden möglich seien, in der Macht der Bundesländer. „Antisemitismus kann nicht allein und zentral aus Berlin bekämpft werden“, sagte Klein. Das Land Brandenburg sei aber im Kampf gegen den Antisemitismus „sehr gut aufgestellt“. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nannte das jüdische Leben in Brandenburg „ein großes Geschenk“. Im Land gebe es jüdisches Leben in vielen Facetten: in der Wissenschaft, im kulturellen Leben und im Zusammenleben der Menschen. Die Landesregierung habe sehr viel getan, um jüdisches Leben in Brandenburg zu fördern. Man müsse aber konstatieren, dass sich jüdische Menschen in Brandenburg nicht mehr so sicher fühlten wie noch vor einigen Jahren, sagte Woidke. „Wir müssen alles dafür tun, dass der Antisemitismus in diesem Land auf jeder Ebene geächtet wird.“ Der Antisemitismus in der Gesellschaft sei deutlich präsenter geworden als noch vor einigen Jahren. Nötig sei eine starke Zivilgesellschaft, die sich gegen jede Form von Judenfeindlichkeit wehre. Innenminister Michael Stübgen (CDU) sagte, man werde einen Vorschlag Kleins zur Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten bei der Brandenburger Landespolizei in den kommenden Monaten prüfen. (kna öki 03.11.2020)
- **Mit Blick auf die jüngsten islamistischen Attentate warnt der Jüdische Weltkongress (WJC) Europa davor, sich einen Kulturkampf aufzwingen zu lassen.** „Der Westen darf den Agitatoren nicht in die Falle gehen“, schreibt der Geschäftsführer des WJC, Maram Stern, in der „Jüdischen Allgemeinen“. „Das erfordert eine präzise Sprache in der Problembeschreibung und auch einen respektvollen Umgang mit Andersdenkenden. Zugleich muss Europa eine Antwort auf die Bedrohung durch den islamistischen Terror geben. Das geht nur mit den Muslimen, nicht gegen sie.“ Europäern erschienen die Mohammed-Karikaturen als Lappalie, doch viele Muslime empfänden sie als verletzend und entwürdigend, schreibt Stern weiter. „Man muss diese Meinung nicht teilen, man sollte sie aber wenigstens zur Kenntnis nehmen.“ Auch Juden hätten es in den vergangenen Jahren mit beleidigenden, ja, antisemitischen Karikaturen zu tun gehabt und bei anderen um Verständnis für ihre Gefühle gebeten. „Die Wertschätzung, die wir anderen entgegenbringen, auch wenn wir ihre Ansichten nicht teilen, sind ein Gradmesser dafür, wie ernst wir sie nehmen.“ Aus Sicht des Generalsekretärs ist der Terrorismus „auch und gerade“ ein

Problem der islamischen Welt. Nicht nur die Attentäter, sondern auch viele ihrer Opfer seien Muslime. Deshalb sei in Europa eine „Wir gegen sie“-Stimmung nicht angebracht, weil sie eine unheilvolle Polarisierung fördere. Aus Sicht von Stern sind zudem die Dialogbereitschaft und das Problembewusstsein bei vielen Verantwortlichen gerade in der arabischen Welt in den vergangenen Jahren gestiegen. „In einer solchen Situation sollte man nicht Wasser auf die Mühlen der Extremisten spülen.“ (kna öki 10.11.2020)

- **Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, hat jüngste Entwicklungen in der arabischen Welt mit Blick auf das Verhältnis zu Israel als „revolutionär“ bezeichnet.** „Es gibt in der arabischen Welt generell mehr Offenheit, auch aufseiten der Regierenden. Was dort aktuell im Verhältnis zu Israel und zum Judentum passiert, ist revolutionär“, sagte der Oberrabbiner von Moskau der „Jüdischen Allgemeinen“. Anlass war ein interreligiöses Dialog-forum in Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, an dem Goldschmidt teilgenommen hatte. Für konservative islamische Religionsführer wäre es nach seiner Einschätzung so gut wie unmöglich, einen interreligiösen Dialog mit Juden ohne die Unterstützung ihrer jeweiligen Regierungen zu führen. Der gemeinsame Nenner bei solchen interreligiösen Veranstaltungen sei die Suche nach gemeinsamen Werten und Inter-essen. „In unserer Zeit, in der oft Nationalismus, religiöser Extremismus und Identitätspolitik im Mittelpunkt der Politik stehen, haben solche Treffen eine moderierende Wirkung.“ (kna öki 10.11.2020)
- **Die beiden großen Kirchen wollen ab Januar 2021 mit einer Plakatkampagne gegen Antisemitismus vorgehen und für ein größeres Miteinander zwischen Christentum und Judentum werben.** Die Initiative unter dem Thema „#beziehungsweise: jüdisch und christlich – näher als du denkst“ wurde in der Berliner Parochialkirche vorgestellt. Kern der Initiative sind 13 Plakatskizzen für die Monate bis Januar 2022, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede jüdischer und christlicher Feiertage thematisieren wie *Chanukka* und Weihnachten oder *Purim* und Fasching. Sie können etwa in Schaukästen von Gemeinden ausgehängt werden. Daneben soll es ein Begleitprogramm mit Predigtreihen, religionspädagogischen Projekten oder Podiumsveranstaltungen geben. Die Kampagne wurde in Berlin ins Leben gerufen und wird nun bundesweit von der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD mitgetragen.

In einem Grußwort betonte der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr, der in der Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Judentum zuständig ist, dass der christliche Glaube ohne das Judentum nicht verständlich sei. „Ein Christ kann kein Antisemit sein“, zitierte er Papst Franziskus. Und er forderte alle Christen dazu auf, jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. „Juden und Christen gehören zusammen, diese Botschaft wollen wir in die Gesellschaft bringen“, so der Bischof. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sagte: „Antisemitismus ist Sünde und widerspricht allem wofür das Christentum steht.“ Die Initiative mache zugleich klar, wie wichtig und eng die Beziehungen zwischen Christen und Juden seien.

Der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbiner-konferenz Deutschland, Rabbiner Andreas Nachama, sprach von einem „wunderbaren Versuch“, über die Plakate ein christlich-jüdische Gespräch zu ermöglichen. Dabei begrüßte er es, dass „nicht alles weggeschliffen wurde, was an Kanten und Unterschiedlichkeiten stehen bleibt, und wir uns für das interessieren, was den anderen etwa zur gleichen Zeit auch bewegt“. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, begrüßte die Initiative. Es sei wichtig das Bewusstsein dafür zu wecken, dass alle in der Gesellschaft Verantwortung beim Kampf gegen den Antisemitismus übernehmen müssten. Die Plakatkampagne verdeutliche die Verbundenheit zwischen jüdischer und christlicher Tradition. Dabei verwies er auf das Jubiläum von 1.700 Jahren Judentum in Deutschland im kommenden Jahr. Das Jubiläum solle auch das jüdische Leben in seinem Alltag in Deutschland bekannter machen. (kna öki 17.11.2020)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **In den Rechtsstreit um den Verkauf von orthodoxem Kirchengut an eine rechtsgerichtete jüdische NGO namens „Ateret Cohanim“ haben sich Jerusalems Kirchenführer eingeschaltet und die israelische Regierung aufgefordert, zugunsten des griechisch-orthodoxen Patriarchats zu intervenieren.** Das Statement wurde von 13 Kirchenoberen unterzeichnet, darunter der griechisch-orthodoxe Patriarch Theophilos III., Patriarch Nourhan Manougian vom Armenisch-Apostolischen Patriarchat, der Apostolische Administrator des Lateinischen Patriarchats, Erzbischof Pierbattista Pizzaballa, und P. Francesco Patton von der Kustodie der Franziskaner im Heiligen Land. Der Streit geht in die Jahre 2004/05 zurück, als die

Verkäufe bekannt wurden, und führte zur Absetzung von Patriarch Irenaios und seiner Ersetzung durch den derzeitigen Patriarchen Theophilos III. Dieser focht die Verkäufe an und brachte die Angelegenheit vor das Bezirksgericht, wo sie mit der Begründung abgelehnt wurde, dass Patriarch Irenaios als damals legitimer Vorsteher die Genehmigung gegeben hatte. In der Berufungsverhandlung wies der Oberste Gerichtshof jetzt die Einsprüche des Patriarchats zurück. Bei den fraglichen Immobilien handelt es sich um das Hotel Petra, das für 99 Jahre zu einem Preis von 500.000 Dollar verpachtet wurde, das Hotel Imperial, das für 1,25 Millionen Dollar verpachtet wurde, und das Hotel Beit Azmiya, das für 55.000 Dollar verkauft wurde. Sie wurden dann an drei ausländische Immobiliengesellschaften veräußert, wobei „Ateret Cohanim“ mit dem Kauf arabischen Eigentums in Ostjerusalem, der Lokalisierung der Vermögenswerte und den Verhandlungen über deren Erwerb befasst war. Das Patriarchat wiederum wies jetzt erneut den Gerichtsbeschluss mit dem Argument zurück, die Verkäufe seien nur mit Korruption überhaupt zustande gekommen, da die NGO den Leiter der Finanzangelegenheiten der Kirche bestochen habe.

In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 7. Juli äußern sich nun die Führer auch der anderen Kirchen in Jerusalem besorgt über das jüngste Urteil. Der Verkauf bedrohe den historischen Status quo der Heiligen Stätten und die Rechte der Kirchen; auch werde das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Gruppen in Jerusalem gefährdet, betonten sie. „Der Fall des Jaffa-Tors bedroht diesen Status quo. ... Wir unterstützen nachdrücklich die Bemühungen der Griechisch-Orthodoxen Kirche in ihrem Plädoyer für Gerechtigkeit.“ Das Bestreben radikaler Gruppen, die Kontrolle über die Liegenschaften am Jaffa-Tor zu übernehmen, sei ein „systematischer Versuch, die Integrität der Heiligen Stadt zu untergraben, den christlichen Pilgerweg zu behindern und die christliche Präsenz in Jerusalem zu schwächen“.

Es gehe nicht nur um einen bloßen Eigentumsstreit: „Wir fordern die israelische Regierung auf, zu handeln, um die Integrität des christlichen Erbes und Gutes in der Altstadt sowie die Heiligen Stätten und die Rechte der Bewohner des christlichen Viertels von Jerusalem zu sichern“, so die Kirchenvertreter. Es gehe um Orte, die mehr als zwei Milliarden Christen auf der ganzen Welt als das Herz ihres Glaubens betrachteten, die Millionen christlicher Pilger jedes Jahr besuchten und in denen einheimische Christen ihren Glauben lebten. Im Urteil vom 26. Juni seien zudem Beweise der orthodoxen Kirche zurückgewiesen worden, beklagen die Kirchenführer.

Innerhalb des orthodoxen Patriarchats hat der Streit noch eine brisante Seite: Während die Gläubigen des Patriarchats Jerusalem weitaus überwiegend arabische Palästinenser sind, die entsprechend allergisch auf Verkäufe von Kircheneigentum an jüdische Organisationen und Siedler reagieren, besteht die Kirchenleitung, vor allem die „Bruderschaft vom Heiligen Grab“, die alle Schlüsselstellungen innehat, nahezu ausschließlich aus nicht im Lande geborenen Griechen. Die teils heftigen, sogar gewalttätigen Demonstrationen der arabischen Gläubigen gegen ihren griechischen Patriarchen und einige Bischöfe in den vergangenen Jahren stellen also auch einen Aspekt des Palästina-Israel-Konflikts dar. (kna öki 14.07.2020)

- **Israel legt Plan zur Rettung des Sees Genezareth vor.** Wenn idyllische Landschaften und einzigartige historische Stätten mit Massentourismus zusammentreffen, sind Konflikte programmiert. Diese widerstreitenden Interessen soll ein neuer Plan in Einklang bringen. 45% der 53 km langen Küstenlinie am See Genezareth wurden als Naturschutzgebiet deklariert. Dazu gehören die ganze Nordküste mit den christlichen Stätten von Kapernaum und Tabgha bis Bethsaida. Weitere 40% des Seeufers, vor allem nördlich und südlich der Stadt Tiberias, sollen der Freizeit und Erholung dienen, also mit frei zugänglichen Strandbädern und Campingplätzen. 9% (5 km) sind als "ländliche Küste" ausgewiesen. Zu ihnen gehören etliche Kibbuzim an der Ost- und Südküste, wie etwa Degania Alef. Die restlichen 4 km bilden die "städtische Küste" von Tiberias. Der Plan legt fest, dass 90% der Seeufer erhalten bleiben müssen. (ILI News 19.07.2020)
- **Die Zahl der Juden beläuft sich weltweit auf 14,4 Millionen Personen.** Davon leben 6,74 Millionen in Israel, 6,09 Millionen in Nordamerika und 1,07 Millionen in Europa, sagte die für Diaspora-Belange zuständige israelische Ministerin Omer Yankelevitch vor dem Knesset-Ausschuss für Integration und Immigration. Weitere 324.000 Juden leben in Südamerika, 300.000 in Asien (außer Israel), 120.000 in Australien und Neuseeland sowie 74.000 in Afrika, wie die „Jerusalem Post“ meldet. Von den Diaspora-Juden hätten 80 Prozent keine enge Bindung an ihre jüdische Identität, betonte ein Ministeriumssprecher bei der Anhörung. Israel müsse die Gemeinden in der Diaspora stärken. Vor allem die kleinen jüdischen Gemeinden könnten sich selbst nicht unterhalten; besonders der Unterhalt jüdischer Schulen sei kostenintensiv. Das israelische Finanzministerium stelle in seinem Etat umgerechnet fünf Millionen Euro für ihre Unterstützung zur Verfügung, den gleichen Betrag steuere die staatliche Einwanderer-

Organisation *Jewish Agency* bei. „Wenn wir die Gemeinden in der Diaspora nicht stärken, werden wir auch keine potenziellen Einwanderer haben“, gab der Ausschuss-Vorsitzende David Bitan zu bedenken. Die Corona-Pandemie sei eine besondere Herausforderung für die Beziehungen zwischen Israel und dem Diaspora-Judentum, betonte Ministerin Yankelevitch. Nach Ansicht der *Jewish Agency* könnte die Zahl der Einwanderer, die sich in den letzten Jahren bei jeweils 30.000 belief, im Zuge der Krise deutlich zunehmen (kna öki 28.07.2020)

- **Mehr als 60 Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler aus Deutschland und Israel warnen in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einem „inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs“.** In dem Schreiben bekunden sie ihre Sorge vor einer Gefährdung der Meinungsfreiheit, die auf die „Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik zielt“. Das gelte etwa für die drohende Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel. Heftige Vorwürfe richteten die Unterzeichner in diesem Zusammenhang gegen den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein. Mit der Unterstützung rechtspopulistischer israelischer Stimmen lenke er „die Aufmerksamkeit von realen antisemitischen Gesinnungen und Ausschreitungen ab, die jüdisches Leben in Deutschland tatsächlich gefährden“. Die Unterzeichner betonen ihre Erwartung, dass die Bundesregierung ihre Nahost-Politik daran orientiere, dass die Zukunft Israels nur im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts dauerhaft zu sichern sei. Sie wünschlen sich im Rahmen der Vereinten Nationen eine deutsche Initiative zu Friedensverhandlungen. Unterzeichnet ist der Brief u.a. vom Antisemitismusforscher Wolfgang Benz, den Schriftstellern Christoph Hein, Gabriele von Arnim und Sten Nadolny, dem Regisseur Edgar Reitz, der Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur, dem Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, dem israelischen Historiker Moshe Zimmermann und dem Jerusalemer Islamwissenschaftler Menachem Klein. (kna öki 28.07.2020)
- **Jerusalem in alttestamentlicher Zeit war offenbar deutlich kleiner, als bisher angenommen.** Zu dieser Erkenntnis kamen Archäologen des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes (DEIAHL) bei aktuellen Ausgrabungen. Forscher seien lange davon ausgegangen, dass die eisenzeitliche Stadtmauer Jerusalems südlich des heutigen *Zionsberg* am Hang des *Zionsberg* zum *Himnontal* verlief, erklärte DEIAHL-Direktor Dieter Vieweger. Die Annahme beruhte demnach auf einem Mauerfund, den der Benediktiner Bargil Pixner von der benachbarten *Dormitio-Abtei* in den 1980er Jahren in die Eisenzeit (8. Jahrhundert vor Christus) datierte. Bei aktuellen Grabungen wurde laut DEIAHL ein 12 Quadratmeter großes Gebiet bis zum natürlichen Felsen in einer Tiefe von 5,50 Metern freigelegt. Dabei habe man keine eindeutigen eisenzeitliche Mauerreste gefunden. Gegen die Thesen Pixners spricht laut Vieweger zudem, dass nur verstreut Scherben aus der Eisenzeit gefunden wurden. Diese sprächen für eine Nutzung des Areals als Wohnbereich oder für Landwirtschaft in dieser Epoche. Für eine Datierung der Mauerfunde relevant seien jedoch die jüngsten Scherben aus klassischer Zeit, die mehr als 90 Prozent der Keramikfunde ausmachten und sich bis in die Fundamentschicht der Mauer nachweisen ließen. Da eine Stadtmauer der Topografie folgend an Hängen gebaut wird, müsse die alttestamentliche Ausdehnung der Stadt kleiner sein als bisher angenommen, so die Schlussfolgerung von Vieweger und seinem Team. (kna öki 11.08.2020)
- **Das israelische Parlament hat über einen Vorstoß diskutiert, der die jüdische Einwanderung nach dem sogenannten „Rückkehrgesetz“ einschränken will.** Nach dem Entwurf des Yamina- Abgeordneten Betzalel Smotrich sollen künftig nur noch Nachfahren von wenigstens einem jüdischen Elternteil nach Israel einwandern dürfen, berichteten örtliche Medien. Recht auf *Alijah* (Hebräisch für „Aufstieg“), wie der Akt der jüdischen Einwanderung heißt, hat nach dem 1950 eingeführten Rückkehrgesetz jeder, der seine Abstammung bis zu einem jüdischen Großeltern teil zurückverfolgen kann oder Ehepartner eines zur *Alijah* Berechtigten ist. Nach hitziger Debatte im Parlament zog Smotrich seinen Entwurf vor der Abstimmung wieder zurück und hielt sich offen, ihn zu einem späteren Zeitpunkt noch mal vorzubringen.

Smotrich sieht den Vorstoß als ersten Schritt hin zu einer Einwanderungsgesetzgebung, die eine *Alijah* ausschließlich jenen vorbehält, die nach religionsrechtlicher Definition Juden sind, das heißt, von einer jüdischen Mutter geboren wurden oder religionsrechtskonform zum Judentum übergetreten sind. Israel drohten Assimilationsraten wie in den USA und Europa, warnte Smotrich unter Verweis auf bereits jetzt Hunderttausende nichtjüdische israelische Staatsbürger, die weder die Intention zur Konversion noch eine Verbindung zum jüdischen Volk hätten.

Oppositionsführer Jai Lapid warf Smotrich Ignoranz und Rassismus vor. „Sie wissen nichts über das jüdische Leben und die Frage, wie das jüdische Volk geschützt werden kann.“ Nachfahren

von Juden aus der früheren Sowjetunion dienten im israelischen Militär und leisten damit einen viel größeren Beitrag für das Land als „alle extremistischen Rabbiner“ gemeinsam.

Auch die Regierungskoalition, die vor allem Einwanderer der ehemaligen Sowjetunion vertretende Partei „Unser Haus Israel“ sowie weitere Parteien lehnten die Verschärfung ab. Jeder, der unter den Nazis jüdisch genug gewesen sei, um in Konzentrationslager geschickt zu werden, müsse jüdisch genug sein, um nach Israel einwandern zu dürfen, sagte Joel Razbozow von der Zentrumspartei „Jesch Atid“ laut Berichten örtlicher Medien. Zuletzt hatte sich das Innenministerium in einem anhängigen Verfahren um die Einwanderung zweier Konvertiten zum Judentum für eine verschärfte Auslegung des Einwanderungsgesetzes ausgesprochen. Nicht *Alijah*-berechtigt sollen nach Willen des Ministeriums Personen sein, die in Gruppenkonversionen in sogenannten „aufstrebenden“ jüdischen Gemeinden zum Judentum übergetreten sind. Dabei handelt es sich unter anderem um Gruppen, die sich als Nachkommen der sogenannten „verlorenen Stämme Israels“ bezeichnen. Zu ihnen zählen auch Nachfahren spanischer und portugiesischer Juden, die während der Inquisition zum Übertritt zum Christentum gezwungen wurden, aber auch neu entstandene Gemeinden in Lateinamerika. (kna öki 01.09.2020)

- **Strengreligiöse Juden in Israel sind überdurchschnittlich stark vom Coronavirus betroffen.** Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung rund zwölf Prozent ausmacht, stellen sie rund 40 Prozent der Neuinfizierten der vergangenen Tage, wie der israelische Coronabeauftragte Ronni Gamzu laut Medienberichten mitteilte. Steigend sei auch der Anteil ultraorthodoxer Patienten im Alter von über 60 Jahren. Laut Bericht des Senders „KAN“ liegt die Infektionsrate in dieser Bevölkerungsgruppe mehr als 1,5-fach höher als unter der Gesamtzahl der über 60-Jährigen. Gamzu kündigte an, eine der ultra-orthodoxen Ortschaften zu besuchen, um sich ein besseres Bild von der komplexen Lage zu machen. Der Generaldirektor des Ministeriums, Chezi Levi, hatte „Überfüllung, Gebete und manchmal Verstöße gegen die Regeln“ für die hohe Infektionsrate im strengreligiös-jüdischen Milieu verantwortlich gemacht. Zugleich warnte er davor, dass sich durch das Laubhüttenfest (*Sukkot*) die Infektionszahlen weiter erhöhen könnten. Mit dem Coronavirus infiziert hat sich auch Chaim Kaniewski (92), einer der weltweit bedeutendsten Rabbiner und Oberhaupt der sogenannten litauischen ultraorthodoxen Juden (*Haredim*). Obwohl er wegen des Kontakts zu einem Covid-19-Infizierten unter Quarantäne stand, habe Kaniewski zum Ende des Versöhnungstags *Jom Kippur* Menschen in seinem Haus empfangen, berichtet die Zeitung „*Haaretz*“. In den vergangenen Tagen seien dann mehrere Familienmitglieder des Rabbiners positiv getestet worden. Zu Beginn der Pandemie hatte Kaniewski wiederholt mit Aussagen gegen Schutzmaßnahmen für Kritik gesorgt. So rief er im März dazu auf, gegen die Anweisungen des israelischen Gesundheitsministeriums religiöse Bildungseinrichtungen offen zu halten. Erst später forderte er seine Anhänger auf, den Anweisungen für Distanz Folge zu leisten und Regelbrecher anzuzeigen. (kna öki 08.10.2020)
- **Eine der frühesten Kirchen in Israel wurde am Fuße atemberaubender Wasserfälle im landschaftlich reizvollen Naturreservat Baniyas im Norden Israels ausgegraben.** Die byzantinische Kirche um 400 n. Chr. wurde ursprünglich auf einem römischen Tempel erbaut. Die christlichen Baumeister des 4. bis 5. Jhds. passten den Tempel an die Bedürfnisse der relativ neuen Religion an, sagte Prof. Adi Erlich von der Universität Haifa. Er stellt die Hypothese auf, dass die Kirche zum Gedenken an die bedeutenden Interaktionen Jesu mit Petrus - der seinen Lehrer als Messias anerkannte - gebaut wurde, die nachweislich in dem Gebiet stattgefunden haben, das zur Zeit Jesu als "Cäsarea des Philippus" bezeichnet wird. Einigen christlichen Überlieferungen zufolge beauftragte Jesus Petrus in dieser Gegend mit der Errichtung des Christentums und sagte den berühmten Satz: "Du bist Petrus, und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen ... Ich will dir die Schlüssel zum Himmelreich geben" (Matthäus 16,18). Der Ort der Ausgrabung ist einzigartig, da er eine Klippe, eine Höhle, Quellen und eine Terrasse kombiniert. Unter den christlichen Funden befanden sich kleine Kreuze im Mosaikfußboden der Kirche. Das Kreuzsymbol verbreitete sich in der christlichen Ikonographie nach der Herrschaft Konstantins in der Mitte des 4. Jhds. (ILI News 01.11.2020)

3. Personen

- **William Wolff, früherer Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern, ist am 8. Juli im Alter von 93 Jahren in London gestorben.** Der gebürtige Berliner war 1933 mit seiner Familie über Amsterdam nach Großbritannien geflohen. Dort war er Jahrzehnte lang politischer Korrespondent, bevor er ab 2002 zeitweise nach Deutschland zurückkehrte und Landesrabbiner

in Mecklenburg-Vorpommern wurde. Er hatte das Amt bis 2015 inne und wurde auch durch einen Kinofilm über sein Leben bekannt. (kna öki 14.07.2020)

- **Kuratorium und Senat der Hochschule haben Professor Dr. Werner Arnold, emeritierter Professor für Semitistik am Seminar für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients der Universität Heidelberg, an die Spitze der Hochschule gewählt.** Er wird ab dem 1. Oktober 2020 für eine Amtszeit von zwei Jahren die Nachfolge von Professor Dr. Johannes Heil antreten. „Ich danke den Entscheidungsgremien für dieses klare Votum sowie das Vertrauen, das mir damit entgegengebracht wird und freue mich sehr darauf, die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg während meiner Amtszeit zu unterstützen und ein Stück in die Zukunft führen zu dürfen“, so Arnold. Laut der Vorsitzenden des Kuratoriums der Hochschule, Frau Professorin Barbara Traub, habe man sich u.a. für Herrn Professor Dr. Werner Arnold entschieden, da er der HfJS und ihren Mitgliedern schon seit Jahrzehnten durch gemeinsame Forschungsprojekte sehr verbunden sei und über sein Engagement im Wissenschaftlichen Beirat der Hochschule bereits Impulse gesetzt habe. „Herr Professor Dr. Arnold kennt die Strukturen sowohl an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg als auch an der Universität Heidelberg und steht damit für die Kontinuität einer engen Partnerschaft beider Institutionen. Ich bin mir sicher, dass mit ihm eine hervorragende Wahl getroffen wurde und freue mich, dass er als Rektor gewonnen werden konnte.“ (Pressemitteilung Heidelberg, 29.09.2020)
- **Der langjährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, Siegmund Rotstein, ist am 6. August im Alter von 94 Jahren gestorben.** Rotstein sei nie müde geworden, Zeugnis über seine Erlebnisse während der Schoah abzulegen, erklärte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Rotstein wurde 1925 in Chemnitz geboren. Von den Nationalsozialisten in das KZ Theresienstadt deportiert, kehrte er nach der Befreiung als einer der wenigen überlebenden Chemnitzer Juden in seine Heimatstadt zurück. Nach dem Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde Chemnitz leitete er diese ab 1966 insgesamt 40 Jahre lang. 1988 bis 1990 wirkte er als Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR. (kna öki 11.08.2020)
- **Daniel Alter (61) ist von der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hamburg zum neuen Gemeinde- und Landesrabbiner ernannt worden.** Er übernimmt die Stelle des im September ausgeschiedenen Landesrabbiners **Moshe Navon** (66). Alter wolle den Wiederaufbau des in Hamburg begründeten liberalen Judentums fördern, so die Gemeinde. Dies solle in Zusammenarbeit mit der orthodox geprägten Jüdischen Gemeinde Hamburg geschehen, die man nicht als Konkurrenz betrachte. Alter, Absolvent des Rabbinerseminars Abraham-Geiger-Kolleg an der Universität Potsdam, ist Koordinator bei der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland. Ein antisemitischer Angriff auf ihn 2012 in Berlin hatte ihn bundesweit bekannt gemacht. Die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg wurde 2004 gegründet und hat nach eigenen Angaben rund 350 Mitglieder. Sie ist eine der Nachfolgegemeinden des in Hamburg gegründeten „Neuen Israelitischen Tempelvereins von 1817“, der als älteste jüdische Reformgemeinde der Welt gilt. (kna öki 17.11.2020)

4. Bücher

- **Ein anderer Blick auf das Verhältnis Martin Luthers und den Juden** Von Monika Beck
Im Luther-Jahr 2017 waren mit Recht viele Veranstaltungen, Gottesdienste – auch ökumenische – sowie Publikationen dem großen Reformator gewidmet; zugleich mehrten sich die Stimmen seiner Kritiker, etwa derjenigen die dem alten Martin Luther Judenfeindlichkeit vorwarfen. Doch auch wenn die Nationalsozialisten ihn für ihre Zwecke instrumentalisiert hatten, war der ehemalige Augustinerermönch in seinen späten Jahren zwar ein Antijudaist, doch *kein* Antisemit! Durch den kirchlichen Antijudaismus ist in beinahe zwei Jahrtausenden viel jüdisches Blut vergossen worden, doch der im 19. Jahrhundert entstandene Antisemitismus ist den abrahamitischen Religionen wesensfremd. Bedingt durch die Kolonialpolitik der europäischen Großmächte teilten Pseudowissenschaftler die Menschheit in „Rassen“ auf und kategorisierten die Juden als „semitische Rasse“, in völligem Widerspruch zum Lauf der Geschichte. Heute ist das Judentum keine missionarische Religion, doch es gab etliche historische Abschnitte mit einer regen jüdischen Mission; im 7. Jahrhundert konvertierte die gesamte Oberschicht der Chasaren, eines asiatischen turkstämmigen Volkes zum jüdischen Glauben, und vor dem Aufkommen des Islam traten ganze heidnisch-arabische Stämme zum jüdischen Glauben über, um nur einige Beispiele zu nennen. Nach Mohammeds Auftreten wurden dann auch viele Juden im nahöstlichen Raum zu Muslimen.

- Um mehr als ein Jahrtausend zu überspringen: Der Holocaust hat nicht nur sechs Millionen Juden dem Tod ausgeliefert, sondern gleichfalls der jüdisch-christlichen sowie islamischen Darstellung des Menschen als Ebenbild Gottes vernichtend entgegengewirkt. Deshalb horchten auch die Kirchen angesichts der nationalsozialistischen Judenverfolgung auf und beteiligten sich öfters an der Rettung jüdischen Lebens. Nuntius Angelo Roncalli von Konstantinopel, der spätere Papst Johannes XXIII., stellte flüchtenden Juden falsche Pässe aus, und der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer schrieb: „Wer nicht für die Juden schreit, darf nicht gregorianisch singen“, um nur diese beiden Beispiele zu nennen.

Zwischen Bonhoeffer, der sein mutiges Auftreten gegen die Nazis mit seinem Leben bezahlte, und Martin Luther liegen fünf Jahrhunderte. Der Reformator war eine vielschichtige, komplexe Persönlichkeit, der sich intensiv mit dem Glauben auseinandersetzte, mutig gegen eine verweltlichte geldgierige Kirche auftrat und seine Thesen verteidigte, auf die Gefahr hin, auf dem Scheiterhaufen verbrannt zu werden, wie 100 Jahre zuvor sein tschechischer Vorgänger Jan Hus (1373-1415). Durch seine Bibelübersetzung machte er die Heilige Schrift den breiten Massen zugänglich. Doch Martin Luther war auch ein Kind seiner Zeit mit einem allein selig machenden Christusglauben. Juden zu bekehren, war für ihn, „deren Seelen zu retten“. Erst in der Erklärung *Nostra aetate* des Zweiten Vatikanum äußerte sich die katholische Kirche anerkennend über die nichtchristlichen Religionen. Auch auf evangelischer Seite erfolgte ein Umdenken mit Statements wie der Erklärung der Evangelischen Kirche in Rheinland (1980) und anderen; heute ist der christlich-jüdische Dialog auch ein Thema der innerchristlichen Ökumene.

Doch Luthers Frühschrift „Dass Jesus Christus ein geborener Jude sey“ war für seine Epoche bahnbrechend. Selbstverständlich dominiert zeitgemäß auch darin die Missionierung der Juden. Trotzdem nahm der Reformator in diesem frühen Text eine Aussage von Papst Johannes Paul II. vorweg, nämlich dass die Menschwerdung Gottes im christlichen Glauben gleichzeitig auch die jüdische Inkulturation des Gottessohnes bedeute, eine von seinen Zeitgenossen bewusst übergangene Tatsache. Da Luther nicht – wie erhofft – die deutsche Judenheit „bekehren“ konnte, schrieb er enttäuscht das antijüdische Pamphlet „Über die Juden und deren Lügen“, in dem er drastische, ja verbrecherische, Maßnahmen vorschlug, wie das Niederbrennen der Synagogen. Doch er blieb auch bei seiner ursprünglichen Meinung: „Ein Jude der zum Christentum übertritt, soll als vollberechtigtes Gemeindemitglied und als Bruder gelten“, eine Aussage, die jeglichen Rassentheorien widerspricht.

Jenseits von Lob und Kritik veröffentlichte Micha Brumlik, Judaist und wichtige deutsche Persönlichkeit im christlich-jüdischen Gespräch, den Essay-Band „Luther, Rosenzweig und die Schrift – Ein deutsch-jüdischer Dialog“ zum 500. Jubiläumsjahr des Reformators 2017. Das Buch geht von dem Aufsatz des jüdischen Religionsphilosophen Franz Rosenzweig (1886-1929) „Die Schrift und Luther“ (1926) aus. Rosenzweig wollte sich als junger Mensch der evangelischen Taufe unterziehen, schrieb aber letztlich – tief beeindruckt von der Liturgie des Versöhnungstags (*Jom Kippur*) 1913: „Also bleibe ich Jude“. Die Verdeutschung der Hebräischen Bibel zusammen mit Martin Buber sensibilisierte ihn für Luthers Prinzip „*sola scriptura*“. In seinem Essay erläutert er auch die positiven Aspekte der Beziehung des deutschen Judentums zum lutherischen Protestantismus.

In Brumliks Buch bringen bekannte Theologen der Gegenwart ihre Statements zu Rosenzweigs Luthersicht, wie die Reformrabbinerin Elisa Klapheck, Walter Homolka, Rektor des Abraham Geiger Kollegs in Potsdam, oder auf der christlichen Seite Gesine Palmer, Klaus Wengst sowie Irmela von der Lühe und Christoph Kasten. Als Autorin des Geleitworts kommt Margot Käßmann zu Wort. Martin Luther einmal ganz anders als in den Standardwerken.

Luther, Rosenzweig und die Schrift. Ein deutsch-jüdischer Dialog. Essays hrsg. von Micha Brumlik, 290 Seiten, Europäische Verlagsanstalt 2017, 25 Euro. (kna öki 21.07.2020)

- **Neue Bücher zu Judenfeindlichkeit, Vorurteilen und Gewalt** Von Leticia Witte. Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart: Gleich mehrere neue Bücher befassen sich mit Judenfeindlichkeit in Deutschland und anderen Staaten. Sie widmen sich Vorurteilen, Hass und Verachtung, Verschwörungsmaythen und dem Weg hin zu Gewalt. Es geht nicht nur um Juden, sondern auch Muslime, Sinti und Roma, Jesiden, Rohingya, Frauen oder Homosexuelle. Zu den Autoren gehören der Historiker Wolfgang Benz, die britische Rabbinerin und Politikerin Julia Neuberger sowie der ehemalige Chefredakteur des BR-Fernsehens, Sigmund Gottlieb.

In „Vom Vorurteil zur Gewalt. Politische und soziale Feindbilder in Geschichte und Gegenwart“ bietet Wolfgang Benz einen internationalen Überblick. „Die Suche nach den Schuldigen an einer Katastrophe oder unglücklichen Zuständen und deren Fortdauer setzt immer die Gewissheit der eigenen Unschuld voraus“, hält er fest. Dass Juden zu Sündenböcken – auch durch „christlichen Glaubenseifer“ – sowie zu angeblichen weltweiten Strippenziehern gemacht werden, zieht sich

durch die Jahrhunderte. Die „Protokolle der Weisen von Zion“ sind laut Benz ein „zentrales Referenz-dokument des Antisemitismus“.

Er zeigt, dass nicht nur Juden von Vorurteilen und tödlichem Hass betroffen sind, und verweist zum Beispiel auf die Völkermorde an den Herero und den Armeniern. In der *Schoah* jedoch habe das „Zusammenspiel von Ressentiments mit dem von Demagogen geschürten Hass gegen die stigmatisierte Minderheit, die von Staats wegen geübte Gewalt und deren Hinnahme durch die Bürger“ ein „singuläres Ausmaß“ erreicht. Das Ressentiment sei in verschiedenen Kulturen der „Kitt“ nationalen, religiösen und zivilisatorischen Selbstbewusstseins. Und Identitätsprobleme erwiesen sich als „Brandbeschleuniger“.

Benz blickt auch auf zeitgenössische radikale Bewegungen in den drei großen Weltreligionen und resümiert allgemein, dass es Konstanten der Radikalisierung gebe: „die Formulierung eines Problems durch Ideologen und deren Verkünder sowie der Auftrag zur Vollstreckung einer gewaltsamen Lösung“. In dem Zusammenhang betont Benz zudem, dass es nie sogenannte Einzeltäter mit einem selbstverliehenen Mandat zur Verbesserung der Welt gebe, sondern immer auch „Stichwortgeber“, die auf die „Faszination des Absurden“ setzten.

Diesen Stichwortgebern will Julia Neuberger mit differenzierten Argumenten den Wind aus den Segeln nehmen – und bietet mit viel Geduld abstrusen, aber gefährlichen Äußerungen über Juden die Stirn. Ihr Buch „Antisemitismus. Wo er herkommt, was er ist – und was nicht“ richtet sich gegen allzu einfache Erklärungsmuster. Breiten Raum nimmt ein Rückblick auf die Wurzeln von Judenfeindlichkeit ein. Neuberger beleuchtet Antisemitismus seitens der Rechten, Linken und von Muslimen und zeigt, wie es um das Thema in Großbritannien und in der dortigen Politik bestellt ist. Nur wenige Staaten sind vor zunehmendem Antisemitismus verschont, so Neuberger. Auch wenn in Deutschland aus ihrer Sicht auf politischer und gesellschaftlicher Ebene viel getan wurde, breiten sich „in der bislang selbstbewussten jüdischen Gemeinde“ Sorgen und Ängste aus. „Antisemitismus hat einen sehr leichten Schlaf.“ Nun sei er wieder erwacht und finde bei unterschiedlichen Gruppen und Ideologien einen „fruchtbaren Nährboden“. Um ihm entgegenzutreten, sei es wichtig zu wissen, woher er kommt und in welchen Ausprägungen er auftritt.

Neuberger widmet sich in historischer Perspektive ausführlich christlichem Antijudaismus, Formen im Islam und der Rolle von Wilhelm Marr und Heinrich von Treitschke („Die Juden sind unser Unglück“) bei der Verbreitung von Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts. Auch zeichnet sie die Entstehung des Zionismus und die Folgen in Nahost nach. Insgesamt schreibt Neuberger ausgewogen und detailreich.

Neu ist auch das Buch „Stoppt den Judenhass!“ von Sigmund Gottlieb, der es als Weckruf verstanden wissen will und auf mehr Courage im Vorgehen gegen Antisemitismus dringt. Zudem wendet er sich gegen Gleichgültigkeit im Alltag. Und bereits im August legte der Judaist Peter Schäfer eine „Kurze Geschichte des Antisemitismus“ vor.

Diese Neuerscheinungen innerhalb kürzester Zeit weisen auf die Dringlichkeit des Themas hin. Die Autoren wollen Wissen an die Hand geben und setzen gegen Mythen auf das ausgewogene und überprüfbare Argument. Um im Kampf gegen Judenfeindschaft und generell gegen das Vorurteil Erfolge zu erzielen, bedarf es gleichwohl, um mit Benz zu sprechen, „zäher Kleinarbeit“.

Wolfgang Benz, Vom Vorurteil zur Gewalt. Politische und soziale Feindbilder in Geschichte und Gegenwart, Herder Verlag, 480 Seiten, 26 Euro Print, 19,99 Euro E-Book.

Julia Neuberger, Antisemitismus. Wo er herkommt, was er ist – und was nicht, Berenberg Verlag, 238 Seiten, 16 Euro, auch als E-Book erhältlich.

Sigmund Gottlieb, Stoppt den Judenhass!, Hirzel Verlag, 96 Seiten, 15 Euro, 11 Euro E-Book.

Peter Schäfer, Kurze Geschichte des Antisemitismus, C.H. Beck, 335 Seiten, 26,95 Euro, E-Book 19,99 Euro. (kna öki 03.11.2020)

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com. © kna öki